



Beijing, 23. April 1990

V E R T R A U L I C H

P.B. Nr 05/90 - SC/dm

Xinjiang: Chinas Achilles-Ferse?

Nachrichten aus meinem Gastland über Gewalttätigkeiten in Xinjiang gehören seit Jahren fast zur Routine, machten doch die nicht-chinesischen Völker im Westen Chinas in den letzten zweihundert Jahren durch Uebergriffe auf Han-Siedler immer wieder von sich reden. Weder die kürzlich von den chinesischen Massenmedien berichteten "rund 30 Toten westlich Kashgars" -- die neueste Auseinandersetzung war um den nicht-bewilligten Bau einer weiteren Moschee entbrannt -- noch die Verstärkung von Ordnungskräften in dieser Gegend durch Verlegung bewaffneter Polizei aus Urumqi und Lanzhou haben deshalb Sensationswert per se. Die Nervosität, mit der die chinesische Verwaltung auf die Ausschreitungen reagiert hat, verlangt jedoch, das Geschehen in Xinjiang -- soweit dies von hier aus überhaupt möglich ist -- ernsthaft weiter zu verfolgen.

**Starke Han-Präsenz**

Von der vor seit rund zweihundert Jahren begonnenen und in den letzten vierzig Jahren beschleunigten Kolonialisierung Xinjiangs her gesehen, ist die heutige Präsenz der Han-Chinesen in dieser Autonomen Region eindrücklich und sollte eigentlich "Garantie genug für Ruhe und Ordnung sein". Rund 6 Mio oder mehr als 40 % der Bevölkerung sind in der Tat chinesischer Rasse. 8,5 Mio gehören verschiedenen Minoritäten an, wobei 6 Mio Uiguren sind. Letztere sind, im Vergleich zu andern Minoritäten Chinas wie Dai, Zhuang, Hui, Miao nicht sehr zahlreich, in Xinjiang aber eine bedeutende Minderheit. Sie sind überdies über ein Gebiet von zweimal der Grösse Frankreichs verstreut und widersetzen sich schon aus religiösen Ueberlegungen einer Sinisierung entschiedener als andere Minoritäten. Sie sind sich zudem der strategischen Bedeutung der von ihnen bewohnten Gebiete sehr bewusst und wissen im übrigen vom Reichtum potentieller Bodenschätze (u.a. Erdöl).

**Gravierende Fehler der chinesischen Zentralregierung ...**

Die Angst der politischen Elite Chinas vor einem Auseinanderfallen des Reiches hatte die kommunistische Führung von



Anfang an veranlasst, in Fragen ethnischer Minderheiten nur minimale Toleranz zu zeigen. In den ersten dreissig Jahren nach der Machtergreifung durch die Kommunisten wurde die Politik der Unterwerfung unter die chinesische Ordnung in der Tat systematisch und rücksichtslos durchgesetzt. Der Ausschliesslichkeitsanspruch der chinesischen Kommunisten zielte auf eine schrittweise Uniformierung aller Minoritäten ab. Besonderes Augenmerk galt den Uiguren und Tibetern. Wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete mit ethnischen Minderheiten wurde dabei als Allerweltsheilmittel gepriesen, mit der sich das Nationalitätenproblem auf alle Zeiten lösen lassen werde. Der Finanzausgleich zwischen dem mittellosen Hinterland und der sogenannten "Goldküste" Chinas (insbesondere den Provinzen Zhejiang, Fujian, Guangdong), die trotz aller periodischer Rückschläge gewaltige Fortschritte gemacht haben, war stets verschwindend klein. Die schwache finanzielle Unterstützung Xinjiangs durch die Zentralregierung (und dies trifft auch fürs Tibet zu), wo mit Ausnahme der Provinzhauptstadt Urumqi und den Bohrungen nach Erdöl kaum etwas Nennenswertes in die industrielle Entwicklung investiert worden war, liess die Region arg ins Hintertreffen geraten (750 RMB Pro-Kopf-Einkommen im 1988 gegenüber 3'600 RMB für Shanghai). Vertreter Xinjiangs hatten denn auch seit anfang der achtziger Jahre eindringlich vor sozialen Unruhen gewarnt, falls nicht endlich auch einige Früchte des Modernisierungsprozesses für Xinjiang abfallen würden. Unter Generalsekretär Hu Yaobang ist dann zwar -- neben dem Versprechen grösserer Finanzhilfe -- eine umfassende Gesetzgebung für Autonomie auf den Gebieten Erziehung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheit, Sport und geschichtliche Bauten proklamiert worden, aber die für die Inkraftsetzung nötigen Ausführungsgesetze wurden in zahlreichen Verwaltungsdistrikten nie verabschiedet. Und mehr Geld für wirtschaftliche Entwicklung floss auch nicht.

### **... machen Xinjiang zu einer potentiell sehr instabilen Gegend**

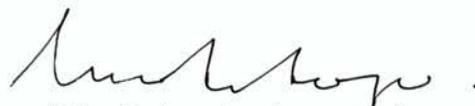
Der tiefe Grund der heutigen Unruhen liegt in erster Linie in der wirtschaftlichen Benachteiligung der Uiguren im Vergleich zu den chinesischen Siedlern in Xinjiang im besonderen, sowie zwischen den relativ wohlhabenden Küstengebieten und dem vernachlässigten Hinterland allgemein. Das Gefühl ethnischer Zugehörigkeit dieser Minderheit zur grossen Uiguren-Familie Zentralasiens ist ferner in neuester Zeit sichtbar stärker geworden als ihr Gefühl, zur Zivilisation der Han-Chinesen zu gehören. Die seit Juni 1989 wieder eingesetzten offenen Angriffe der chinesischen Zentralbehörden gegen die Religion scheinen zudem den Islam, Religion der Uiguren, besonders im Visier zu haben (drastische Reduktion der Bewilligungen für Hadj-Pilgerer, Verbot religiöser Abendschulen, Aufruf zu Familienplanung u.a.m.). Während Beijing den Exil-Uiguren Aisha -- ein über 80-jähriger KMT-General, der sich in die Türkei zurückgezogen hat -- zum Hauptschuldigen für die Unruhen erklärt, dürfte neben der obgenannten wirtschaftlichen Be-

nachteiligung die Entwicklung in den Sowjetrepubliken Kasachstan und Kirghizstan Einfluss auf das weitere Geschehen in Xinjiang ausüben. Daran werden auch die weiteren Truppenverstärkungen an Chinas Westgrenze wenig zu ändern vermögen. Der Einfluss aus den Sowjetrepubliken Zentralasiens dürfte umso stärker sein als einige der über 200'000 anfangs der sechziger Jahre im sogenannten "Illizwischenfall" in die Sowjetunion geflüchteten Uiguren ihre Hoffnung auf eine Rückkehr in ihr "Vaterland" d.h. Xinjiang, noch nicht aufgegeben haben. Die latenten und tiefgehenden Spannungen zwischen Uiguren und Chinesen in Xinjiang haben in der Folge heute ein solches Ausmass erreicht, dass sie jederzeit an die Oberfläche entweichen können.

### ... die Chinas Achilles-Ferse bildet

Lassen sich die gegenwärtigen Unruhen in Xinjiang nicht überwinden, bzw. sollten sich diese gar ausbreiten, so wird sich die zentrale Führung früher oder später gezwungen sehen, weitere Truppen der Volksbefreiungsarmee oder der bewaffneten Polizei aus andern Gebieten in den Westen zu verlegen. Mit insgesamt 3,5 Mio Soldaten der Volksbefreiungsarmee und rund 1 Mio bewaffneter Polizisten dürfte die politische Han-Elite nicht in der Lage sein, allfällig gleichzeitig an mehreren Orten auftretende Unruhen mit dem Gewehrlauf wieder unter Kontrolle zu bringen. Sollten mit andern Worten infolge der geschwächten Präsenz von Ordnungskräften in mehreren Grossstädten Chinas erneut soziale Turbulenzen ausbrechen, so ist nicht zu sehen, wie die zentrale Führung die Lage landesweit unter Kontrolle halten kann.

Nichts veranlasst im jetzigen Augenblick den westlichen Beobachter, ein solches "worst case scenario" als die wahrscheinlichste Entwicklung für die nächsten Monate vorzusagen. Aber ein Unbehagen bleibt und muss bei einer Risikobeurteilung Chinas nunmehr mitberücksichtigt werden.

  
(E. Schurtenberger)

### Kopie z.K. an:

- EDA, Politische Abteilung II, Konsularischer Schutz  
(als Hintergrundinformation bei allfälligen Anfragen von Schweizern betreffend Sicherheit ihrer in Kashgar und Urumqi studierenden Familienangehörigen)
- Generalkonsulat, Hong Kong
- Verteidigungsattaché, Tokio
- Schweizerische Botschaft, Washington